Einladung

zur 39. Sitzung des Organisations- und Personalausschusses am
Mittwoch, 8. Juli 2020, 14.00 Uhr bis 15 Uhr, Rathaus, Ratssaal

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
1. Genehmigung des Protokolls über die 38. Sitzung des Organisations- und Personalausschusses am 24.06.2020
2. Bericht der Dezernentin

Onay

Oberbürgermeister

PROTOKOLL

39. Sitzung des Organisations- und Personalausschusses am Mittwoch, 8. Juli 2020,
Rathaus, Ratssaal

Beginn 14.00 Uhr
Ende 14.30 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Ratsfrau Kastning	(SPD)	
(Ratsherr Borstelmann)	(CDU)	
Ratsfrau David	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Engelke	(FDP)	
Ratsherr Gill	(SPD)	
(Beigeordneter Hauptstein)	(AfD)	
Ratsherr Hellmann	(CDU)	für Ratsherrn Borstelmann
Ratsherr Karger	(AfD)	für Beigeordneten Hauptstein
Beigeordneter Machentanz	(LINKE & PIRATEN)	
Ratsherr Markurth	(SPD)	
Ratsherr Marski	(CDU)	
Ratsherr Pohl	(CDU)	
Ratsfrau Steinhoff	(Bündnis 90/Die Grünen)	

Grundmandat:

Ratsherr Förste	(Die FRAKTION)
Ratsherr Wruck	(DIE HANNOVERANER)

Verwaltung:

Stadträtin Rzyski	Dezernat IV
-------------------	-------------

Frau Diers	Fachbereich Personal und Organisation
Frau Gödecke	Gesamtpersonalrat
Herr Häfker	Fachbereich Personal und Organisation
Herr Janßen	Gesamtpersonalrat
Herr Kallenberg	Fachbereich Personal und Organisation
Frau Lehmann	Dezernat IV
Herr Schrade	Gesamtpersonalrat

Protokoll

Herr Kohlmeyer	Fachbereich Personal und Organisation
----------------	---------------------------------------

Tagesordnung:

- I. ÖFFENTLICHER TEIL
1. Genehmigung des Protokolls über die 38. Sitzung des Organisations- und Personalausschusses am 24.06.2020
2. Bericht der Dezernentin

I. ÖFFENTLICHER TEIL

Beigeordnete Kastning begrüßte die Anwesenden zur form- und fristgerecht geladenen Sitzung des Organisations- und Personalausschusses und stellte die Annahme der Tagesordnung fest.

Stadträtin Rzyski begrüßte, dass Frau Lehmann mittlerweile wieder als Referentin für die Bearbeitung von Personalthemen im Dezenat IV tätig ist. Sie war für die Projektleitung zur Ausrichtung der Messe Interschutz und des Deutschen Feuerwehrtages zum Fachbereich Feuerwehr abgeordnet worden. Beide Veranstaltungen konnten in diesem Jahr corona-bedingt nicht stattfinden.

TOP 1.

Genehmigung des Protokolls über die 38. Sitzung des Organisations- und Personalausschusses am 24.06.2020

Beigeordneter Machentanz merkte an, dass er das Protokoll nicht erhalten habe und sich daher enthalten werde.

Da es im Weiteren keine Bedenken hinsichtlich der Beschlussfähigkeit gab, ließ Ratsfrau Kastning abstimmen.

8 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 3 Enthaltungen

TOP 2.

Bericht der Dezernentin

Stadträtin Rzyski informierte darüber, dass sie keine Berichtspunkte habe.

Ratsfrau David wies auf die hohe Belastung der städtischen Beschäftigten hin, die sich in der hohen Zahl von Überlastungsanzeigen äußere. Vor dem Hintergrund, dass in der nächsten Zeit zahlreiche Beschäftigte altersbedingt aus dem Dienst ausscheiden würden, interessiere sie, wie viele Ausbildungsplätze die Stadtverwaltung in 2020 und 2021 anbieten werde, ob es eine Entlastung der Ausbilder*innen gebe und ob Quereinsteiger*innen gefördert würden.

Ratsfrau Kastning merkte an, dass die Tagesordnung an dieser Stelle den Bericht und Nachfragen zum Bericht vorsehe. Sie bitte darum, Fachfragen spätestens in der Vorwoche der Sitzung anzumelden, damit alle Mitglieder und die Verwaltung Gelegenheit hätten, sich auf die Beratung vorzubereiten.

Stadträtin Rzyski regte an, über einen festen Tagesordnungspunkt für Fragestellungen nachzudenken.

Ratsfrau Kastning schlug vor, diese Anregung nach den Ratsferien zu diskutieren, sofern möglich im Rahmen einer Klausurtagung.

Frau Diers antwortete, dass die Stadtverwaltung 202 Ausbildungsplätze im Jahr 2019 angeboten habe und im laufenden Jahr 201 Plätze anbiete. Insgesamt seien derzeit 510 Auszubildende beschäftigt. Damit werde die im Tarifvertrag Beschäftigungssicherung definierte Mindestquote übertroffen. Es werde darüber nachgedacht, die Anzahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen. Eine Verständigung darüber sei bis zum Jahresende vorgesehen.

Für Ausbilder*innen in handwerklichen Berufen gebe es oftmals vorgegebene Qualifikationsstandards. In den Arbeitsplatzbeschreibungen dieser Ausbilder*innen drücke sich der Aufwand regelmäßig in festen Zeitanteilen aus. Für Ausbilder*innen, die angehende Verwaltungskräfte in den Praxisphasen betreuen, gebe es dies jedoch in der Regel nicht. Es zeige sich, dass die Kapazitäten für die Ausbildung in diesen Fällen bei zunehmender Arbeitsverdichtung geringer würden. Daher erwäge die Verwaltung, neben der bestehenden immateriellen Förderung, beispielsweise Zusatzqualifikationen der Ausbilder*innen, auch eine materielle Entlastung durch die Berücksichtigung fester Zeitanteile einzurichten. Daraus resultiere wiederum ein Mehraufwand im Stellenplan. Quereinsteiger*innen seien für die Verwaltung extrem wichtig. Das auf zwei Jahre angelegte Ausbildungsangebot "Verwaltungsfachwirt*in" werde sehr häufig von Quereinsteiger*innen genutzt, die sich nach einem Studium oder abgeschlossener Berufsausbildung für einen Arbeitsplatz in der Verwaltung interessierten. Darüber hinaus beabsichtige die Verwaltung, auch die Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung von Quereinsteiger*innen für Verwaltungstätigkeiten durch die Teilnahme an den Angestelltenlehrgängen 1 und 2 zu steigern.

Ratsherr Markurth fragte, ob bekannt sei, wie viele Auszubildende die Stadtverwaltung nach Abschluss der Ausbildung wieder verließen und ob es spürbar sei, dass die Landesverwaltung nun auch wieder selbst ausbilde.

Frau Diers erläuterte, dass die Stadtverwaltung in den gewerblichen Berufen über Bedarf ausbilde und den Auszubildenden lediglich eine zweijährige Übernahme garantieren könne. Dem entsprechend wechselten viele dieser Beschäftigten in die Privatwirtschaft. Etwa zwei Auszubildende aus den Verwaltungsberufen wechselten pro Jahr in die Landesverwaltung.

Eine Veränderung lasse sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erkennen. Allerdings sei die Übernahme in ein Beamtenverhältnis, so wie sie einige Umlandkommunen und auch die Landesverwaltung anböten, sicherlich ein Attraktor.

Ratsherr Engelke fragte, ob sich die corona-bedingte Kurzarbeit vieler privatwirtschaftlicher Betriebe in den Bewerber*innenzahlen bemerkbar mache.

Frau Diers antwortete, das dies noch nicht der Fall sei. Wenn die Krise jedoch andauere, werde es sich aber sicherlich in den technischen Berufen bemerkbar machen.

Für die Niederschrift

Rzyski

Kohlmeyer